

Essay

Es war einmal die Schweiz

„Es gibt keine Staatskrise“

Arnold Koller,

Bundespräsident der Schweizerischen
Eidgenossenschaft, 1990

Als die Auflösung der Eidgenossenschaft begann, ums Jahr 2010, war die Zahl jener, die sich dagegen wehrten, nur noch klein. Als erste hatten sich, dank grosszügiger Subventionen, die allzeit als Nährstand der Nation verwöhnten Landwirte damit abgefunden, dass sie nicht mehr auf gesegneter Schweizer Scholle ackerten, sondern gewöhnlichen europäischen Boden bebauten. Und die Gastwirte und Tourismus-Manager hatten eingelenkt, als man ihnen offiziell versicherte, dass die alte Flagge mit dem weissen Kreuz im roten Feld ohne weiteres neben der adlergeschmückten Europa-Trikolore in der echt gesunden Alpenluft flattern durfte. Weil niemand um seinen Wohlstand fürchten und niemand um sein Eigentum bangen musste, scheiterte ein von unverbesserlichen „Helvetomanen“ (Schimpfwort der Fortschritts-Medien) durchgesetztes Referendum gegen das „Teilungsgesetz“ kläglich.

Wissenschaftler des Historischen Instituts der Euro-Uni am früheren Sitz der EG-Verwaltung in Brüssel sehen in der schrittweisen Liquidierung der Schweiz einen Vorgang, der anderen Gliedstaaten des Europäischen Bundes als Vorbild dienen könnte. Schritt für Schritt könnten nach demselben Konzept die alten Nationalstaaten Befugnisse an

Auf Einladung der Weltwoche stellte ich mir 1990 vor, wie es wäre, wenn die Schweiz langsam von der Landkarte verschwände, nachdem sich ihr innerer Zusammenhalt nach und nach verflüchtigt hatte. Der Essay erschien am xy. 1990 und reflektierte die in den Jahren um das Bundesjubiläum von 1991 verbreitete Besorgnis über die Unfähigkeit des Landes und der Mehrheit seiner Entscheidungsträger, das Ende des Kalten Krieges als Chance zum Wandel zu begreifen.

Regionen abgeben, wie es durch die Auflösung der Schweiz rund um die ehemalige Eidgenossenschaft im Gange ist. Das europäische Bundesparlament hat deshalb kürzlich in Prag zur weiteren Erforschung jener beispielhaften Vorgänge mehrere Millionen Ecu bereitgestellt.

Schon die bisher vorliegenden Arbeiten zu dem Thema förderten Überraschendes zutage. Wer erinnert sich denn heute noch daran, dass die Bereitschaft zur Aufgabe der eidgenössischen Eigenstaatlichkeit nicht etwa durch ein besonders reifes Politik-Verständnis des Volkes begünstigt, sondern von einer tiefen – und letztlich unheilbaren – Identitätskrise verursacht wurde. Die Schweizerinnen und Schweizer sahen nicht mehr, was sie noch von ihren Nachbarn unterschied; sie fanden, ob sie nun dem deutschen, französischen oder italienischen Kulturkreis angehörten, nichts Besonderes mehr an ihrem Land. Ihr Bürgersinn litt an Auszehrung, ihre demokratischen Institutionen hatten alle Kraft zur Erneuerung verloren. Das Malaise hatte zwei Ursachen, die der Bevölkerung praktisch gleichzeitig, 1988 bis 1991, bewusst wurden.

Die erste war die Erkenntnis, dass sich die Schweiz der europäischen Einigung auf Dauer nicht würde entziehen können – ganz gleich, ob es sich der Europäischen Gemeinschaft anschliesse, wie es eine Minderheit, vor allem aus wirtschaftlichen Gründen, wünschte, oder ob es sich von ihr möglichst fernhielte, wie die Mehrheit wollte. In beiden Fällen, sahen die Eidgenossen richtig voraus, müssten sie einen entscheidenden Teil ihrer Unabhängigkeit preisgeben, ihre traditionelle Neutralität würde obsolet, ihr plebiszitäres System brüchig, ihre hochgerüstete Armee überflüssig.

Die andere Ursache war die schlimme Überzeugung, dass ihre einst lebendigen Ideale zu leeren Worthülsen erstarrt waren. Solidarität, Humanität, Minderheitenschutz, direkte Demokratie – Begriffe, die in den Augen der Bürgerinnen und Bürger die Basis ihrer „Willensnation“ bildeten, waren durch gewerbmässige Geldwäscherei und fortgesetzten Waffenhandel, durch Beamten-Korruption, Parteienfilz und systematische Aushöhlung der Volksrechte entwürdigt worden.

Es war der entscheidende Fehler der Politiker, dass sie die Warnzeichen der Identitätskrise nicht erkannten oder nicht wahrhaben wollten. Als das Volk gegen Ende der achtziger Jahre damit begann, an der Urne häufig anders zu entscheiden als ihm die Regierungs- und Parlamentsmehrheit empfahlen, als damit erwiesen war, dass oft an den Bedürfnissen der Bürger, nie aber an den Interessen der Banken und der Industrie vorbeipolitisiert wurde, wäre es noch Zeit für Reformen gewesen. Doch die wenigen, die in Angriff genommen wurden, scheiterten an der Uneinsichtigkeit der Mächtigen.

Schockiert von einem Schnüffel-Skandal der Staatsschutz-Organen, der 1989 nach dem unrühmlichen Rücktritt der ersten Frau in der Regierung das Land in die tiefste Vertrauenskrise seiner Geschichte stürzte, verlangten Linke und Grüne eine schonungslose Offenlegung aller Verfehlungen und die Abschaffung des staatlichen Schnüffel-Systems. Sie reüssierten nicht. Obwohl aktenkundig war, dass die Politische Polizei jahrzehntelang systematisch Hunderttausende von Bürgerinnen und Bürgern, die sich für eine demokratische Erneuerung einsetzten, verfolgt, bespitzelt und zu Staatsfeinden gestempelt hatte, liess sich die Mehrheit überzeugen, das Problem sei mit organisatorischen Retuschen und der Vernichtung der Akten aus der Welt zu schaffen.

Ebenfalls erfolglos setzten sich in jener Zeit einige bürgerliche Politiker für eine radikale Reform der Staats-Organen ein. Sie wollten das unbewegliche Milizparlament durch ein Berufsparlament ersetzen und aus dem Bundesrat, diesem heillos überforderten Regierungskollektiv, eine moderne Exekutive mit Ministern und Staatssekretären machen. Umsonst war auch der Vorschlag, die erstarrte Konkordanz-Politik der ewigen Allparteien-Koalition mit ihrem pervertierten Zwang zu Kompromissen, durch ein Konkurrenz-System zu ersetzen. Und verschiedene Anläufe, dem Land eine moderne Verfassung zu geben, scheiterten hoffnungslos, obwohl die vorgelegten Entwürfe voll kreativer Ideen steckten und grosszügige Perspektiven eröffneten.

1991, als die satten Eidgenossen in patriotischem Überschwang den – fiktiven – 700. Geburtstag ihres Staates feierten, war den ersten Politikern und den meisten Unternehmern klar, wie die

Entwicklung zwangsläufig weitergehen würde. Lange bevor die Regierung dem Volk eingestand, dass der Anschluss an Grosseuropa über kurz oder lang unvermeidlich sei, richteten sie sich auf die neuen Verhältnisse ein: Ungerührt schminkten sich die Rechten ihren krachledernen, allzeit ernstfall-bereiten Patriotismus ab, der ihnen jahrelang Wähler-Stimmen und Aufträge gesichert hatte, und weibelten für „einen neuen weltoffenen Geist“. Und die Sozis stimmten in den Europa-Chor ein, weil sie sich davor fürchteten, das Land könnte „zum Treuhandbüro der Welt“ verkommen, zum Geldschrank der Reichen, in dem das werktätige Volk keinen Platz mehr fände. So nahmen die ersten Schweizer Abschied von jenem Staatsgebilde, das – entgegen der Überzeugung ihrer Landsleute – nicht 1291 von drei Eidgenossen auf dem Rütli, sondern 1798 bis 1803 von Napoleon zusammengezimmert worden war. Sie gingen zu ihrer Staatengemeinschaft auf Distanz, die 1815 von den europäischen Siegermächten zur immerwährenden Neutralität vergattert wurde und 1848 als erster und einziger Staatenbund des Kontinents den revolutionären Sprung zum bürgerlich-liberalen Bundesstaat schaffte – eine oft idealisierte Insel des Friedens und der Freiheit, die unzähligen politisch Verfolgten aus ganz Europa Asyl bot, wo 1863 der Genfer Henry Dunant das Internationale Komitee vom Roten Kreuz gründete und das humanitäre Völkerrecht erfand, die christliche Nächstenliebe in Paragrafen-Gestalt.

In jenen sechziger Jahren, als die bürgerliche Linke in der sogenannten demokratischen Bewegung gegen den Widerstand der Liberalen die Volksrechte erkämpfte, erblühte, bodenständig und handgeschnitzt, der Schweizer-

geist, wie ihn der Staats-Poet Gottfried Keller beschrieb, und mit ihm die einzigartige eidgenössische Demokratie. Aber noch vor der Wende ins 20. Jahrhundert begann der Niedergang in die bürgerliche Honoratioren-Herrschaft, die ihre Machtmittel konsequent gegen die Sozis einsetzte, weil sie das Werk der aufmüpfigen Demokraten fortsetzen wollten. Im Ersten Weltkrieg wurde das vielsprachige Land erstmals fast zerrissen: Ein Graben tat sich auf zwischen der deutschfreundlichen alemannischen und der nach Frankreich orientierten welschen Schweiz. Doch schon ab 1918, als ein Generalstreik der Arbeiter (der Einzige, den sie je versuchten) kläglich scheiterte, war die bürgerliche Klassensolidarität wieder stärker als die kulturellen Gegensätze. Geschickt taktierte die Bourgeoisie, gab sich streng, wo möglich, und nachgiebig, wo nötig, und bog so zielbewusst die revolutionären Errungenschaften der Volks-Demokratie in die Ideologie der „Konkordanz“ um. Hitler, als erzböser Feind, später Stalin und seine Nachfolger als ständige Bedrohung sorgten fortan für Zusammenhalt. Nichts zwang die Schweizer in all den Jahren zu grundsätzlichen Reformen: Der Wohlstand blühte und mit ihm der Glaube an die Überlegenheit ihrer Schweizerart. Ihre Neutralität, ihre Vielsprachigkeit, ihr plebiszitäres System, ihre humanitären Traditionen – alles war ihnen Beweis, Nutzniesser eines Sonderfalls, eines einmaligen Glücksfalls der Geschichte zu sein.

Sie fühlten sich als Gottes eigene Kinder und merkten nicht, dass skrupellose Geschäftstüchtigkeit ihre hehren Ideale längst zersetzt hatte. Rund um sie herum entstanden Gemeinwesen, die demokratischer, freiheitlicher und moderner waren, die mindestens ebenso viel Rechtsstaatlichkeit boten und den Ar-

beitnehmern weit mehr Rechte und Sicherheiten gewährten als die Eidgenossenschaft.

Während sich die Schweizerinnen und Schweizer nicht einmal dazu durchringen konnten, der UNO beizutreten, bauten ihre Nachbarn schon am gemeinsamen europäischen Haus. Die Alpen-Republikaner verliessen sich derweil auf ihren Fleiss, ihren Geschäftssinn und ihr Verhandlungsgeschick. War es ihnen nicht etwa jedesmal gelungen, für sie vorteilhafte Lösungen herbeizureden? Tatsächlich brachten sie es noch 1990 fertig, die EG zum Umdenken in der Verkehrspolitik zu bewegen: Der alpenquerende Fernverkehr wurde von der Strasse auf die Schiene umgelenkt. Doch dieser Entscheid war für lange Zeit der letzte, den eidgenössische Politiker in Brüssel mitbestimmten. In den folgenden Jahren, als der Europäische Wirtschaftsraum entstand, als die Europäische Gemeinschaft erste Umrisse einer Konföderation erkennen liess, als die Mitte Europas ins geografische Zentrum des Kontinents zurückfand, blieb ihnen nur noch, Beschlüssen zuzustimmen, die ihnen andere diktieren. Diese Entwicklung war verheerend für das Selbstbewusstsein der Eidgenossen: Plötzlich erkannten sie, dass ihre multikulturelle Gemeinschaft die identitätsstiftende Vorbild-Funktion eingebüsst hatte. Sie waren nichts mehr Besonderes; es war nicht mehr besonders erstrebenswert, einen Schweizer Pass zu besitzen, andere Nationalitäten boten mehr Vorteile. Ihr Fleiss, ihre gute Schulbildung, ihr stets wacher Sinn für das Praktikable – alle ihre allgemein anerkannten Tugenden hatten den Glanz der Exklusivität verloren.

Damals, zu Beginn der neunziger Jahre, hätte es allerdings Alternativen gegeben

– wenigstens theoretisch. Mit einer radikalen Reform hätte das Land, an die Traditionen der 1860er Jahre anknüpfend, der europäischen Staatengemeinschaft ein zweites Mal als Modell dienen können – indem es sein politisches System konsequent zu einer ökologisch bestimmten Demokratie renovierte. Kein anderes Gemeinwesen hatte damals bessere Voraussetzungen: Die Verwaltungsstruktur baute, anders als in anderen Ländern, auf weitgehend autonomen Gemeinden auf, was die Mitsprache der Bevölkerung bis hin zur Festlegung der Steuertarife gewährleistete. Die Menschen waren überdurchschnittlich gut ausgebildet; das Land war reich wie kein anderes auf der Welt und der Wohlstand gleichmässiger verteilt als anderswo. Soziale Spannungen waren – allerdings auf Kosten der demokratischen Beweglichkeit – praktisch unbekannt; es gab weder Streiks noch Arbeitslosigkeit, mit einigem Engagement schien selbst die traditionelle Fremdenangst beherrschbar. Das Umweltbewusstsein der Menschen war weit entwickelt und in entsprechenden gesetzlichen Normen, zum Beispiel im Bereich der Luftreinhaltung und des Gewässerschutzes, festgeschrieben.

Doch nur wenige sahen damals die Chance, den schleichenden Identitätsverlust durch eine Wiederbelebung der radikaldemokratischen Bewegung aufzufangen. Zwar liessen sich Zehntausende gegen den Schnüffelstaat und seine Politische Polizei mobilisieren, doch die Mehrheit war aus ihrer Lethargie und Satttheit nicht aufzurütteln, zumal sich die kraftlos politisierenden bürgerlichen Parteien mit allen Mitteln gegen drohenden Machtverlust wehrten. Die Regierenden, von denen einige die unberechenbare Gefahr „zentrifugaler Kräfte“ durchaus erkannten, blieben

passiv. Sie merkten nicht, dass das Volk nach dem Verschwinden der gewohnten europäischen Fronten einer neuen Orientierung bedurfte. Statt einem kühnen Zukunftsentwurf bot man ihm Beschwichtigungen, statt selbstbewussten Konzepten und wagemutigen Zielvorgaben feierte man den bewährten Krämergeist.

Beispielhaft für den Mangel an Weitsicht waren die hilflosen Reaktionen auf die überraschende Öffnung Osteuropas. Zögerlich kommentierten Diplomaten das revolutionäre Geschehen als „folgerichtige Entwicklung“, zaudernd warnten Wirtschaftskapitäne vor „über-rissenen Hoffnungen“, überheblich beharrten Bürokraten auf der Visapflicht, als die Nachbarn ihre Grenzen längst geöffnet hatten.

Ohne Visionen, ohne inspirierende Zukunftsentwürfe trieben die Verantwortlichen ihr business as usual: solid, korrekt, sparsam, nach allen Seiten abgesichert und im Vertrauen auf die eigene ökonomische Potenz. Damit war der weitere Weg der Eidgenossenschaft vorausbestimmt. Immer mehr Bürgerinnen und Bürger in der welschen Schweiz begannen sich zu fragen, was sie denn noch von den französischen Nachbarn unterschied. Ähnlich ging es den Tessinern, die seit den achtziger Jahren mit wachsendem Interesse die rasante wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung in Oberitalien verfolgten. Und selbst die Deutschschweizer, deren Selbstgefühl seit Jahrzehnten von ihrer Abwehrhaltung gegen die übermächtigen Deutschen geprägt war, fanden Interesse an intensiveren Beziehungen zu ihren Nachbarn. Dabei merkten sie schnell, dass die – Alemannen wie sie – ähnlich dachten und empfanden, ähnli-

chen Traditionen und Bräuchen anhängen.

Paradoxerweise förderte die Bildung des neuen Grossen Deutschland dieses Zusammenwachsen über die Grenzen. Denn die alemannische Bevölkerung in Süddeutschland wandte sich mehr vom jetzt weit entfernten Zentrum des neuen Reiches weg und ihren südlichen Schweizer Nachbarn zu. Als erste entwickelten die Menschen am Oberrhein, im Dreiländereck Nordwestschweiz, Oberrheinsass und Südbaden, eine Musterregion, deren Teile sich nach und nach von ihren Mutterstaaten trennten. Dann bildeten sich – zuerst rund um Genf, dann im Jura – entlang den Rändern des Landes weitere grenzüberschreitende Körperschaften, die für sich auch amtliche Befugnisse eroberten, ganz nach einem Konzept, das der angesehene Schriftsteller und Philosoph Denis de Rougemont 1974 formuliert hatte: Er stellte sich ein künftiges Europa als „Föderation von Regionen mit transnationalen Charakter“ vor. Und der Publizist Oskar Reck bemerkte 1990: Die Schweiz „war nie eine in sich geschlossene Einheit, sondern in Kantone und Landesteile aufgegliedert. Insofern wäre eine sanfte Separation auch denkbar, jedenfalls keine nationale Katastrophe“. Und: „Weiterentwicklung kann auch Europäisierung heissen, und Europäisierung wäre dann Souveränitätsverzicht, weitgehend oder ganz.“

Dieses Konzept des schrittweisen Souveränitätsverzichts eines Staates zugunsten von grenzüberschreitenden Regionen soll nun weiterentwickelt werden. Es bietet zum Beispiel Ansätze, die in den neunziger Jahren vor allem in Ostmitteleuropa aufgeflamten Nationalitäten-Konflikte und Grenzstreitigkeiten zu lösen. Kulturelle und sprachliche

Gebietskörperschaften könnten nach und nach an die Stelle der im 19. und frühen 20. Jahrhundert aus imperialistischem Geist entstandenen nationalstaatlichen Organisationen treten – nach dem Modell der schrittweisen Auflösung der Eidgenossenschaft. So könnte ihr Zerfall Sinn machen: als Modell für eine grosse EWG, eine europäische Wohngemeinschaft. Manchen Schweizern, die am Ende zweiten Jahr-

tausends vergebens auf eine radikal-demokratische Renaissance gehofft hatten, erscheint eine solche Entwicklung wie ein Märchen: „Es war einmal die Schweiz. Und obwohl sie gestorben ist, lebt sie immer noch.“

Erschienen in der Weltwoche am
24. Mai 1990

© Jürg Bürgi 1990